



JOURNAL

„Struwelpeter“ neu interpretiert

Hessisches Landestheater feiert am Samstag Premiere mit Junk-Oper „Shockheaded Peter“. » SEITE 25

MARBURG

Marburger untersuchen Essverhalten in Westafrika

Der Verzehr von Wildfleisch trägt dazu bei, dass gefährliche Erreger auf den Menschen überspringen. » SEITE 4

ONLINE

Aktuelle Fotos unserer Leserinnen und Leser

Eindrucksvolle Landschaften und kuriose Begegnungen finden Sie auf » OP-MARBURG.DE/LESERFOTOS

SPORT

Dortmund gewinnt 1:0 gegen Chelsea

Erfolgreiches Hinspiel für BVB im Achtelfinale der Champions League. » SEITE 17



Donnerstag, 16. Februar 2023

www.op-marburg.de

157. Jahrgang, Nr. 40 - Einzelpreis Euro 2,50

Guten Morgen!

Nein, wir wollen kein Bodyshaming betreiben. Aber seien wir ehrlich: Schön sind sie wirklich nicht mit ihrer faltigen Haut, ihren großen Zähnen, den winzigen Augen und dem behaarten Gesicht. Sie könnten sich wenigstens etwas anziehen – aber dann wären sie keine Nacktmulle mehr. Trotz ihres gewöhnungsbedürftigen Aussehens sollen die Nacktmulle nun zum Hingucker werden – in einer Schauanlage im Frankfurter Zoo. Denn es kommt ja nicht nur auf Äußerlichkeiten an. Die Nacktmulle haben nämlich ein ganz besonderes Sozialleben. Das ist eine Tatsache – eine nackte Tatsache!

MARBURG

Drogen-Prozess muss neu beginnen

MARBURG. Alles zurück auf Anfang: Weil ein Schöffe erkrankt ist, muss das Verfahren gegen eine mutmaßliche Drogen-Bande neu aufgenommen werden. » SEITE 3

HINTERLAND

Sieben Wochen in der Angst vor Krebs

HINTERLAND. Eine Frau aus dem Hinterland ist frustriert, weil sie sieben Wochen auf einen Klarheit bringenden ärztlichen Eingriff warten muss. » SEITE 7

POLITIK

Regierungschefin tritt zurück

EDINBURGH. Nicola Sturgeon will ihr Amt als schottische Regierungschefin aufgeben. Sie war acht Jahre lang Parteichefin und Premierministerin. » SEITE 14

GLÜCKSZAHLEN

Lotto: 19 - 22 - 26 - 33 - 37 - 45
Superzahl: 6
Spiel 77: 8 - 7 - 0 - 6 - 8 - 5 - 0
Super 6: 9 - 7 - 7 - 5 - 1 - 3

(ohne Gewähr)

WETTER

HEUTE 8° | 6°
MORGEN 12° | 8°



Aboservice: 0800 / 3 40 94 11*
Anzeigen: 0800 / 3 40 94 09*

*Gebührenfrei aus dem dt. Festnetz und dem dt. Mobilfunknetz



Chaos am Flughafen

Wegen einer IT-Panne strich die Lufthansa am Mittwoch alle Abflüge aus Frankfurt. Auch am Freitag fallen alle regulären Flüge aus – wegen eines Streiks. » SEITE 19

FOTO: ARNE DEDERT/DPA

Flüchtlingshilfe stößt an Grenzen

Heute Flüchtlingsgipfel / 3.800 Flüchtlinge sind dem Landkreis 2022 zugewiesen worden

VON BJÖRN WISKER UND UNSERER AGENTUR

MARBURG. Hessens Kommunen stoßen bei der Unterbringung von Geflüchteten zunehmend an ihre Grenzen. Es mangelt an Wohnraum, Geld und Personal. Vor dem Migrationsgipfel von Bund, Ländern und Kommunen an diesem Donnerstag werden aus hessischen Kommunen auch Forderungen nach einer Begrenzung des Zustroms laut.

So wie viele Städte und Gemeinden in Deutschland warnt der Landkreis Marburg-Biedenkopf vor den Folgen der hohen Flüchtlingszahlen. So kamen im Jahr 2022 rund 3.800 Geflüchtete in den Landkreis, davon etwa 1.770 in die Stadt Marburg. Die absolute Mehrzahl stammt aus der Ukraine.

Mit Hilfe von Privatleuten konnten die meisten in Wohnungen statt Sammelunterkünften untergebracht werden. Dennoch gelte angesichts der Zuwanderung von mehreren Hundert Menschen pro Quartal nach Marburg-Biedenkopf: „Die Menge an Wohnraum wird stets knapper“, wie es von der Kreisverwaltung auf OP-Anfrage heißt. Auch der Magistrat spricht von „Herausforderungen“ bei der Unterbringung der vielen ausländischen Neu-Ankömmlinge.

Die OP im Klassenzimmer

MARBURG. Das Traditionsprojekt des HITZEROTH Medienhauses „Schüler lesen die OP“ geht ab Dienstag zum 37. Mal an den Start. Bis Ende März nutzen Schulklassen aus dem Landkreis die gedruckte OP oder das E-Paper im Unterricht als Lernmittel, werfen einen genauen Blick in das Zeitungswesen, auf die journalistische Arbeit, und schreiben eigene Artikel. Rund 50 Klassen sind dieses Jahr mit dabei, kurzfristige Anmeldungen noch möglich. » SEITE 9

Die heimischen Behörden sprechen zwar nicht explizit davon, dass eine Belastungsgrenze bei Unterbringung, Versorgung und Eingliederung erreicht sei. Trotzdem könne die Integration nur dann weiterhin kleinteilig gelingen, wenn die wöchentlichen Zuweisungen nicht zu hoch werden. Aktuell geht Landrat Jens Womelsdorf (SPD) davon aus, dass noch bis Ende März weitere Wohnungen im Landkreis für Flüchtlinge angemietet werden können. Für das erste Quartal 2023 wurden dem Kreis durch das Regierungspräsidium Gießen 449 Menschen zugewiesen. Etwa die Hälfte von ihnen kommt aus der Ukraine. » SEITEN 2, 8 UND 14

Streik in Kindergärten

MARBURG. Die Warnstreiks im öffentlichen Dienst führen heute nicht nur dazu, dass Mülltonnen stehen bleiben und städtische Einrichtungen geschlossen sind, sondern auch zu Ausfällen in der Kinderbetreuung. Neun Kindertagesstätten der Stadt bleiben geschlossen, nur vier sind voraussichtlich wie gewohnt geöffnet. Weitere vier Kitas bieten einen Notdienst an. Geschlossen bleibt auch die Stadtbücherei und zeitweise das Stadtbüro. » SEITE 4

Ärzte gehen auf die Straße

MARBURG. Am Mittwoch sind bei der zentralen Kundgebung des Hessischen Ärztesprotests mehrere Fach- und Hausärzte aus Marburg-Biedenkopf auf die Straße gegangen, um gegen Sparmaßnahmen in der Gesundheitspolitik zu protestieren. An dem Protesttag blieben viele Praxen geschlossen, Ärzte fordern bessere berufliche Rahmenbedingungen und eine von einem festen Budget-Topf unabhängige Bezahlung. Finanzielle Mittel würden vor allem in Kliniken, den stationären Bereich, nicht aber in die ambulante Versorgung fließen, wo mehr als 95 Prozent aller Krankheitsfälle behandelt werden, kritisiert unter anderem Dr. Oliver Fraß, Hausarzt in Stadtalendorf. » SEITE 9

Schwierige Lage nach dem Erdbeben

ISTANBUL. Eineinhalb Wochen nach der Erdbebenkatastrophe erschüttern weitere Erdstöße die türkisch-syrische Grenzregion. Nach Angaben des türkischen Katastrophenschutzes wurden schon mehr als 3.800 Nachbeben registriert – 38 mit einer Stärke über 5. Die Behörde warnte vor weiteren „intensiven Nachbeben“.

Zwei Einsatzkräfte vom THW Biedenkopf haben nach dem Erdbeben in der Türkei geholfen. Der OP berichtete THW-Ortsgruppenleiterin Yvonne Ozek von dem herausfordernden Einsatz. » SEITE 8



Verschiebt er die Wahlen wegen des Erdbebens? Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan. FOTO: MARKUS SCHREIBER

Verschiebt Erdogan die Wahlen?

Hintergrund ist Erdbebenkatastrophe

VON GERD HÖHLER

ANKARA. In drei Monaten sollen in der Türkei Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden. Aber vor dem Hintergrund der Erdbebenkatastrophe wachsen die Zweifel, ob es bei dem Termin bleibt. Staatschef Recep Tayyip Erdoğan könnte die Wahlen absagen und einfach weiterregieren. Erdogan hat sich seit dem Beben zum Thema Wahlen nicht geäußert. Doch Bülent Arinc, ein einflussreicher Politiker in der Regierungspartei AKP, forderte bereits: „Die Wahlen müssen verschoben werden.“ Arinc deutete als möglichen neuen Wahltermin das Frühjahr 2024 an. Die Opposition warnte, Erdogan plane einen „Staatsstreik“.

ES STAND IN DER OP

Vor 10 Jahren

Tscheljabinsk: Über 1.200 Verletzte durch Meteorit

Beim spektakulären Einschlag eines Meteoriten im Ural wurden etwa 1.200 Menschen verletzt, darunter mehr als 200 Kinder. Nie zuvor wurde in der Geschichte der Menschheit ein solcher Einschlag eines Meteoriten dokumentiert. Die Explosion des Himmelskörpers verursachte eine massive Druckwelle, die erhebliche Verwüstungen anrichtete. Die meisten Opfer wurden von Splittern eingedrückter Fensterscheiben verletzt.

☉ Berechnungen zufolge hatte der Meteorit einen Durchmesser von knapp 20 Metern, wog um die 10.000 Tonnen und flog mit einer Geschwindigkeit von 19 Kilometern pro Sekunde.

Wetter: Schoeller schockt Mitarbeiter

Das Unternehmen Schoeller Electronics entlässt zum 1. März 40 der 244 Mitarbeiter. Als Grund nennt der geschäftsführende Gesellschafter sinkende Absatzzahlen. Betroffen sind hauptsächlich Mitarbeiter der Produktion. Sie sollen in eine Transfergesellschaft nach Dortmund wechseln.

Vor 20 Jahren

Hamburg: Giftiger Alkohol sichergestellt

Die Zollfahnder beschlagnahmten eine Schmuggel-Ladung von insgesamt 80.000 Litern giftigen Alkohols. Der als Olivenöl getarnte 96-prozentige Spirit wurde in zwei Containern auf einem Speditionsgelände im Industriegebiet Norderstedt gefunden. Der entstandene Steuerschaden beläuft sich laut einer Zoll-Sprecherin auf 1,2 Millionen Euro. Der Alkohol war mit Methanol versetzt. Bei dieser Konzentration könne „schon der Konsum von einem halben Liter zum Tod eines Menschen führen“, hieß es.

Marburg: Abrissarbeiten an Gefängnis beginnen

Der Zellentrakt des ehemaligen Marburger Gerichtsgefängnisses an der Wilhelmstraße 17 wird abgerissen. Den verbleibenden Gebäudeteil will ein Investor aufwendig sanieren und Büro- und Gewerberäume errichten. Auf dem unbebauten Teil sollen drei Mehrfamilienhäuser entstehen.

Vor 50 Jahren

Radevormwald: Polizist und Verbrecher getötet

Auf der Flucht vor der Polizei hat ein 25 Jahre alter Serieneinbrecher einen als Geisel entführten Polizisten (34) erschossen. Sekunden danach trafen ihn selbst tödliche Schüsse der Polizei. Als der Fluchtwagen vor einem Fußgängerüberweg halten mußte, rissen die verfolgenden Streifenwagenbesatzen die Türen des Fluchtwagens auf. Da verlor der Entführer die Nerven.

Marburg: Statistik in der Archäologie

Zum ersten Mal in der Bundesrepublik findet ein überregionales Seminar über die Anwendung statistischer Methoden in der Archäologie statt. Es wurde durch Veranstaltungen in Frankreich (1969) und Rumänien (1970) angeregt.



Geflüchtete aus der Ukraine waren kurz nach Beginn des Krieges in Caldern im Hotel zur Lahnbrücke untergekommen. Die Marburgerin Sibel Ayan spielt mit dem kleinen Asad, den sie mit anderen aus der Ukraine geholt hatte. ARCHIVFOTO: NADINE WEIGEL

So viele Flüchtlinge sind hier zu Hause

Bundesweit warnen Städte vor Überlastung / Kreisverwaltung: „Wohnraum wird knapp“

VON BJÖRN WISKER

MARBURG. Die Zahl der Flüchtlinge in Marburg-Biedenkopf ist im vergangenen Jahr im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gestiegen. Wie aus Zahlen der Kreisverwaltung hervorgeht, sind im Jahr 2022 insgesamt 3.787 Flüchtlinge in den Landkreis gekommen. Davon stammen 85 Prozent aus der Ukraine.

In der Stadt Marburg kamen von der Gesamtzahl 1.777 Flüchtlinge unter, nur etwa ein Drittel stamme nicht aus der Ukraine.

Und von den 3787 kamen wiederum rund 60 Prozent im ersten Quartal nach Mittelhessen.

Seit Herbst 2022 hat sich das Bild in doppelter Hinsicht verändert. Denn mit den zwischen Oktober und Dezember 299 aufgenommenen Flüchtlingen lag die Zahl insgesamt so niedrig wie im ganzen Jahr noch nicht. Und erstmals stammte auch nur noch eine Minderheit aus der Ukraine.

Auffällig: Während es im

ersten Halbjahr 2022 – wie auch aktuell im Jahr 2023, in dem bislang 113 Menschen aufgenommen wurden – vor allem Menschen aus Ukraine, Afghanistan, Syrien, Türkei und Irak waren, sind in der zweiten Jahreshälfte plötzlich Russen statt Irakern in die „Top 5“ der Fluchtgruppen gerutscht.

Sorge vor gefährdeter Integration

Zum Vergleich: Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingswelle 2015/2016 lebten alleine in der Marburger Erstaufnahmeeinrichtung bis zu 700 Menschen. In den Jahren 2015 bis Ende 2018 zählte der Magistrat 2.743 in Marburg angekommene Geflüchtete, 2.200 lebten zu der Zeit auch tatsächlich in der Stadt, viele aus Syrien, Afghanistan, auch aus Somalia und Eritrea.

Doch egal wohin die Menschen in Marburg oder den Landkreis-Kommunen kommen: Die Unterbringungs- und Versorgungslage wird flä-

chendeckend auf die Probe gestellt. „Viele Städte und Gemeinden sind bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen längst an ihrer Leistungsgrenze“, sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds. Kurz vor dem heutigen Flüchtlingsgipfel erneuerten viele Landkreise etwa in Bayern oder Mecklenburg-Vorpommern, dass die „Belastungsgrenze durch die Flüchtlingsaufnahme vielfach bereits überschritten“ sei, wie etwa Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags, sagt.

Wie genau die Lage bei Ukraine-Geflüchteten ist, ob und in welchem Maße sie den Wohnungsmarkt in der Region verschärfen, lässt sich nicht seriös ermitteln. Ein

Grund: Sie gelten nicht als Asylbewerber, müssen keinen Antrag stellen, viele sind privat – ob bei Verwandten oder Helfern – untergekommen, leben nicht in staatlich gestellten Unterkünften.

Die Kreisverwaltung Marburg-Biedenkopf klingt bei der Bewertung der Unterbringungs- und Versorgungssituation von Flüchtlingen auf OP-Anfrage zwar entspannt und optimistisch. Man sei „überzeugt, dass Integration auf dem Land

„Viele Städte und Gemeinden sind bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen längst an ihrer Leistungsgrenze.“

Gerd Landsberg,
Hauptgeschäftsführer des
Städte- und Gemeindebunds

und unter Umständen sogar besser gelingen kann als in Verdichtungsräumen“. Aber die Behörde warnt auch: Voraussetzung dafür sei, dass „Integration weiterhin kleinteilig gelingen kann“. Doch wenn, wie in anderen Landkreisen, die Zuweisungen so hoch werden, dass sie sich nur noch mit Zelt-

oder Turnhallen-Unterbringungen bewältigen ließen, „gefährden wir die Integration“.

Speziell in der Universitätsstadt mangelt es seit Jahren an Wohnungen, sie sind umkämpft und teuer. Der Kampf um Apartments hat mit dem Bevölkerungswachstum seit 2015 eher zugenommen.

Marburg hielt nach eigenen Angaben am Ende 2022 insgesamt 1.032 Plätze zur Unterbringung vor. Vier weitere Liegenschaften mit insgesamt 80 Plätzen sind seit Januar in Vorbereitung für eine Belegung mit neu zugewiesenen Geflüchteten.

Eine „unfassbar große Hilfsbereitschaft“ der Bevölkerung habe es laut Kreisverwaltung ermöglicht, dass in der Stadt wie in der Fläche fast alle Flüchtlinge der jüngeren Vergangenheit in Privatunterkünften unterkommen konnten. Menschen in Marburg-Biedenkopf hätten auch bisher nicht zur Vermietung genutzten Wohnraum zur Vermietung bereitgestellt.

Migrationsstadt Marburg

Anlässlich des heutigen Flüchtlingsgipfels in Berlin: So bunt ist die Universitätsstadt (geworden)

VON BJÖRN WISKER

MARBURG. Zuwanderung im Laufe der Zeit: Mittlerweile ist jeder Siebte der 78.000 Bewohner Marburgs kein Deutscher. Wie aus Daten der Stadtverwaltung hervorgeht, lebten Ende des Jahres 2022 rund 11.300 Ausländer in der Stadt – eine Rekordzahl. Und eine, die ihre Wurzeln in einem ganz Deutschland verändernden Ereignis hat: der Flüchtlingswelle der Jahre 2015 und 2016.

Waren im Jahr zuvor, also 2014, noch 7.100 Menschen ohne deutschen Pass in Marburg registriert, hat der internationale Zuzug seitdem für ein Plus von mehr als 50 Prozent gesorgt. Während die Bevölkerungsdaten eindeutige Hinweise auf den Ursprung – das Bürgerkriegsland Syrien – der Mehr-Migration liefern, ist auch bei der Stärke der Natio-

nalitäten eine deutliche Veränderung eingetreten.

Zahl der Syrer hat sich versechsfacht

So hat sich zwischen 2014 und 2022 die Zahl der in der Stadt Marburg lebenden Syrer versechsfacht, was sie zur nun stärksten Migranten-Gruppe

Ein Mann schiebt eine Frau, die ein Kind auf dem Schoß hat, in einem Rollstuhl.

ARCHIVFOTO

macht. Selbst die Zahl der seit Ende Februar 2022 aus der Ukraine Geflüchteten liegt deutlich dahinter.

Auffällig ist vor allem, dass – auch wenn man die große Zahl Syrer ausklammert – zunehmend Menschen aus dem islamischen Raum in Marburg leben. Waren es Mitte des vergangenen Jahrzehnts noch wenige Dutzend, so haben sich die Afghanen zu

einer der stärksten Nationalitäten entwickelt.

Ähnlich sieht es mit Iranern und Iranerinnen aus, deren Zahl offenbar schon weit vor Beginn der anhaltenden Frauenrechts-Proteste deutlich angestiegen, sich in Marburg verdreifachte.

Den Stellenwert von Migration und die gelingende Integration in Marburg betonte zuletzt Sylvie Cloutier, Vorsitzende des Ausländerbeirats, rund um das Erdbeben in der Türkei und Syrien: „Marburg ist ein sicherer Hafen für alle Menschen, hier ist jeder willkommen ohne Ansehen von Hautfarbe, Religion oder persönlichem Hintergrund.“

Sie verwehre sich daher auch gegen Pauschalurteile wie jenem des CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz, der im Nachgang der Silvester-Randale bei migrantischen Tätern von „kleinen Paschas“ sprach.

So soll die Integration gelingen

Der Landkreis hat bereits vor rund zehn Jahren ein Modell entwickelt, das eine bessere Integration von Flüchtlingen ermöglichen soll. Der Ansatz „Dorf statt draußen“ habe sich bewährt und überregional Beachtung gefunden, heißt es von der Kreisverwaltung. Leitmotiv sei, Wohnungen sowie keine riesigen Unterkünfte zu nutzen. Dank dieser konsequenten Strategie sei bei Kommunen, Partnern sowie Bürgern „ein Grundvertrauen entstanden“, auf dem sich auch die Integration weiterer Geflüchteter aufbauen lasse. Als weiterer Erfolgsfaktor habe sich erwiesen, dass alle seit 2014 aufgebauten Strukturen zur Integration auch angesichts eines Rückganges der Geflüchteten-Zahlen zwischen 2016 und 2020 bewusst aufrechterhalten und ausgebaut wurden.



314 neue Infektionen

MARBURG. Das Gesundheitsamt des Landkreises Marburg-Biedenkopf hat laut eigenen Angaben vom 6. bis 12. Februar 314 Corona-Neuinfektionen registriert. Darin sind neben den Neuinfektionen auch Nachübermittlungen und Datenkorrekturen enthalten. Die vom Robert Koch-Institut (RKI) angegebene Inzidenz für den Kreis lag im Wochendurchschnitt bei 121,0.

26 Menschen wurden mit oder wegen einer Corona-Infektion stationär im Krankenhaus behandelt, davon drei intensivmedizinisch. Die Zahl der Todesfälle im Zusammenhang mit einer Corona-Infektion beträgt weiterhin 471.

Die Neuinfektionen verteilen sich so auf die Altersgruppen:

- ▶ **0 bis 4 Jahre:** 0 Fälle;
- ▶ **5 bis 14 Jahre:** 15 Fälle;
- ▶ **15 bis 34 Jahre:** 96 Fälle;
- ▶ **35 bis 59 Jahre:** 123 Fälle;
- ▶ **60 bis 79 Jahre:** 58 Fälle;
- ▶ **Altersgruppe 80+:** 22 Fälle.

WÖCHENTLICHE CORONA-FÄLLE NACH KOMMUNEN

Stadt/ Gemeinde	Infizierte 15. Februar
Amöneburg	10 (+8)
Angelburg	5 (+3)
Bad Endbach	13 (-2)
Biedenkopf	10 (+4)
Breidenbach	11 (+8)
Cölbe	7 (0)
Dautphetal	12 (+6)
Ebsdorfergrund	16 (+4)
Fronhausen	1 (-3)
Gladenbach	12 (0)
Kirchhain	20 (-4)
Lahntal	12 (+8)
Lohra	7 (0)
Marburg	128 (+37)
Münchhausen	3 (-2)
Neustadt	5 (+1)
Rauschenberg	2 (-3)
Stadtallendorf	9 (+1)
Steffenberg	3 (+2)
Weimar	10 (-6)
Wetter	17 (+2)
Wohratal	0 (-2)
unklar	1 (+1)
Gesamt	314 (+63)

KURZNOTIZ

Feuerwehrlaute ehren und wählen

MÜNCHHAUSEN. Die Freiwillige Feuerwehr Münchhausen lädt am Freitag, 24. Februar, zur diesjährigen gemeinsamen Jahreshauptversammlung für 2023 der Einsatzabteilung sowie der Alters- und Ehrenabteilung der Freiwilligen Feuerwehr Münchhausen-Mitte und des Vereins Freiwillige Feuerwehr Münchhausen 1934 ein. Die Versammlung beginnt um 20 Uhr im Feuerwehrhaus Münchhausen. Alle Angehörigen der Einsatzabteilung, der Alters- und Ehrenabteilung und die passiven Mitglieder sind eingeladen. Auf der Tagesordnung stehen neben Berichten aus der Einsatzabteilung und des Vereins Ehrungen sowie Wahlen. Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung müssen spätestens vor Beginn der Versammlung dem Vorsitzenden mitgeteilt werden.

Schwieriger Erdbeben-Einsatz

Zwischen Trauer und Freudentränen: Yvonne Ozek vom THW berichtet über die Arbeit der Retter in der Türkei

VON STEFAN DIETRICH

BIEDENKOPF/KIRIKHAN. Sie haben im Erdbebengebiet viel Leid gesehen – aber auch überwältigende Freude, als sie Überlebende aus den Trümmern retten konnten. Seit Montag sind die 50 Einsatzkräfte des Technischen Hilfswerks (THW) wieder in Deutschland, doch die Eindrücke aus der Türkei werden sie nicht loslassen. Große Verwüstungen durch das Erdbeben, viele Menschen, die nach ihren Angehörigen suchen, und das Gefühl, dass auch der eigene Einsatz bei einer solchen Katastrophe nur ein Tropfen auf dem heißen Stein ist – so beschreibt Yvonne Ozek, Ortsgruppenleiterin des THW Biedenkopf, was sie in Kirikhan in der Provinz Hatay erlebt hat. „Es gab viel Leid und Trauer – aber auch große Dankbarkeit, dass wir da waren“, erzählt sie.

Die Notfallsanitäterin Ozek und die Ärztin Katharina Lederer vom THW Biedenkopf gehören zur Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland (SEEBA). Sie waren am Dienstag vergangener Woche in die Türkei geflogen, einen Tag nach dem verheerenden Erdbeben, bei dem nach jüngsten Angaben mehr als 40.000 Menschen gestorben sind. Die Aufgabe der spezialisierten Einheit: Überlebende aus den Trümmern zu retten. Ozek und Lederer sind dabei für die medizinische Versorgung zuständig – einerseits der Rettungskräfte, wenn sich diese zum Beispiel verletzen, andererseits für die Erstversorgung von Erdbebenopfern.

Einsatz in Zwölf-Stunden-Schichten

Ein besonders emotionaler Moment war für das ganze THW-Team, als es am Sonntag mehr als 130 Stunden nach dem Beben eine 88-jährige Frau in Kirikhan lebend aus den Trümmern retten konnte. Doch die Gefühle kommen erst hinterher, zunächst ein-



Die SEEBA (Schnell-Einsatz-Einheit Bergung Ausland) des THW im Einsatz. FOTOS: THW

mal müssen die Rettungskräfte professionell ihre Arbeit machen. „Das ist ein Abspielen von Sachen, die man auch im Rettungsdienst tut. Da ist man schon in einer Art Tunnel“, beschreibt Ozek die Situation. „Danach war es überwältigend. Da gab es schon Freudentränen.“

Aber auch die negativen Eindrücke müssen die Einsatzkräfte verarbeiten, all das Leid und die Trauer, die sie im Katastrophengebiet gesehen haben. „Ich kenne das ein bisschen von meiner Arbeit im Rettungsdienst, da hat man auch mit Verletzten und Verstorbenen zu tun“, sagt Ozek. Trotzdem mache es sie betroffen, wenn sie die Geschichten von Menschen höre, deren Familie bei dem Beben ausgelöscht wurde. „Wir haben im Team zusammen viel darüber gesprochen, was wir gesehen haben – das hilft.“ Zudem gibt es beim THW ein Einsatz-Nachorgeteam, das den Einsatzkräften bei der Verarbeitung ihrer Erlebnisse hilft.

Der Einsatz war aber nicht nur emotional, sondern auch

„In den ersten 100 Stunden ist die Chance am größten, Überlebende zu finden“, sagt Ozek. „Dann sinkt die Überlebenschance mit jeder Stunde.“ Einzelne Überlebende wurden zwar auch am Mittwoch noch gefunden, aber die Hoffnung, noch weitere Menschen lebend zu finden, ist gering. Deshalb ist das Team des THW gemeinsam mit den Hilfsorganisationen I.S.A.R. Germany und BRH Bundesverband Rettungshunde am Montagabend nach Deutschland zurückgekehrt.

Am Flughafen Köln/Bonn wurden die Einsatzkräfte von Familienangehörigen, Kameraden und in Deutschland lebenden Türken mit lautem Jubel empfangen. Am Dienstag und Mittwoch durften sie sich nach dem anstrengenden Einsatz erst einmal richtig ausruhen – nun werden sie „versuchen, in den normalen Alltag zurückzukehren“, sagt Ozek. „Was schwierig ist, wenn man weiß, wie es den Leuten dort geht und welchen Luxus wir hier haben. Das hängt einem schon nach.“

körperlich sehr herausfordernd. Die 50 Helferinnen und Helfer sowie vier Rettungshunde arbeiten in 12-Stunden-Schichten rund um die Uhr. „Wenn man richtig bud-



„Wenn man weiß, dass da jemand ist, den man retten muss, hat man einen hohen Adrenalin-Pegel – da sind zwölf Stunden schnell rum.“

Yvonne Ozek, THW

Kaum noch Wohnraum für Flüchtlinge

Der Landkreis geht aktuell davon aus, noch bis Ende März Wohnräume für weitere Geflüchtete finden zu können

VON GÖTZ SCHAUB UND UNSERER AGENTUR

MARBURG. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat im vergangenen Jahr großen Einfluss auf die Anzahl der Flüchtlinge genommen, die dem Landkreis Marburg-Biedenkopf zugewiesen wurden. Bisher konnten Geflüchtete dezentral in Häusern und Wohnungen untergebracht werden. Der Kreis hat dazu in allen Kommunen private Unterkünfte in unterschiedlichen Größen angemietet, erklärt Pressesprecher Maximilian Schlick.

„Außergewöhnlich großes bürgerschaftliches Engagement und größte Anstrengungen innerhalb der Verwaltung haben dazu geführt, dass nahezu alle ukrainischen Geflüchteten im Landkreis in privaten Wohnraum vermittelt werden konnten“, führt Schlick aus.

Dem Landkreis sind 2022 insgesamt 3.787 Geflüchtete zugewiesen worden. Davon kamen 3.276 aus der Ukraine. Wöchentlich kommen zwi-



Im März 2022 wurden im Landkreis Notunterkünfte für bis zu 1.000 geflüchtete Menschen aus der Ukraine aufgebaut, wie hier in der Hinterlandhalle in Dautphetal. Nach dem ersten Aufschlag gelang es dem Landkreis in der Folgezeit, allen Geflüchteten Wohnraum anzubieten. FOTO: THORSTEN RICHTER

schen 30 und 40 Personen neu dazu. Landrat Jens Womelsdorf informierte in der jüngsten Kreistagssitzung über die aktuelle Lage, die sich insbesondere je nach Kriegsgeschehen in der Ukraine durchaus noch einmal verändern kann: „Für das erste Quartal

2023 wurden dem Landkreis zunächst durch das Regierungspräsidium Gießen insgesamt 449 Menschen zugewiesen. Etwa die Hälfte kommt aus der Ukraine.“ Die Konsequenz daraus: „Es wird weiterhin dringend Wohnraum benötigt.“ Sollten die

Wohnplätze für Flüchtlinge im Kreis

- ▶ **Angelburg:** 27
- ▶ **Bad Endbach:** 83
- ▶ **Biedenkopf:** 172
- ▶ **Breidenbach:** 79
- ▶ **Cölbe:** 32
- ▶ **Dautphetal:** 61
- ▶ **Ebsdorfergrund:** 69
- ▶ **Fronhausen:** 23
- ▶ **Gladenbach:** 330
- ▶ **Kirchhain:** 53
- ▶ **Lahntal:** 61
- ▶ **Lohra:** 21
- ▶ **Münchhausen:** 14
- ▶ **Neustadt:** 5
- ▶ **Rauschenberg:** 88
- ▶ **Stadtallendorf:** 179
- ▶ **Steffenberg:** 28
- ▶ **Weimar:** 2
- ▶ **Wetter:** 79
- ▶ **Wohratal:** 61

genannten Zahlen stabil bleiben, geht Womelsdorf davon aus, dass der Landkreis noch bis Ende März für entsprechende Unterkünfte sorgen kann.

Danach könnte es durchaus schwieriger werden. „Daher gilt weiter, klug und voraus-

schauend zu planen und mit unterschiedlichen Vertragslaufzeiten der Mietverträge flexibel auf das Fluchtgeschehen zu reagieren und so Leerstandsrisiken zu vermeiden. Eine Entspannung ist leider nicht in Sicht und die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten wird den Landkreis auch in diesem Jahr intensiv beschäftigen“, so der Landrat.

Sollte es über den März hinaus nicht gelingen, weiteren Wohnraum anzumieten, steht wohl der Landkreis irgendwann vor der Entscheidung, die Geflüchteten in Sporthallen, Containern, Traglufthalen oder Ähnlichem unterbringen zu müssen.

Eine jahresbezogene Auswertung der Kommunen ist auf das Jahr 2022 bezogen nicht möglich, da sich im Verlauf eines Jahres die Kapazitäten, Belegungszahlen der angemieteten Objekte laufend ändern. Grundsätzlich lässt sich jedoch sagen, dass aktuell insgesamt 1.467 Plätze über den Landkreis verteilt angemietet sind (siehe Kasten).

Pistorius plädiert für schärferes Nato-Ziel

VON ANSGAR HAASE

BRÜSSEL. Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius unterstützt die Forderungen von Nato-Partnern nach einem deutlich schärferen Bündnisziel für Verteidigungsausgaben. Er teile die Einschätzung, dass Ausgaben von 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) künftig die Untergrenze sein sollten, sagte der SPD-Politiker am Mittwoch am Rande eines Nato-Verteidigungsministertreffens in Brüssel. „Sich allein dem 2-Prozent-Ziel annähern zu wollen wird nicht reichen“, unterstrich er.

Pistorius spielte damit auf das aktuelle Ziel der Nato an. Dieses sieht vor, dass sich alle Bündnisstaaten bis 2024 dem Richtwert annähern, mindestens 2 Prozent ihres BIP für Verteidigung auszugeben. In der Nato werden derzeit Gespräche über das künftige Ziel geführt. Eine Einigung soll spätestens beim nächsten Gipfel erzielt werden. Er wird am 11. und 12. Juli in Litauens Hauptstadt Vilnius organisiert.

Eine Verschärfung des Nato-Ziels würde nach heutigem Stand eine Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben um einen zweistelligen Milliardenbetrag erfordern. Bisher gibt Deutschland deutlich weniger als 2 Prozent des BIP für Verteidigung aus. Für 2022 wurde nach vorliegenden öffentlichen Zahlen zuletzt nur eine Quote von 1,44 Prozent erwartet – auf Grundlage von Verteidigungsausgaben nach Nato-Standard in Höhe von 55,6 Milliarden Euro.



Will mehr Geld: Verteidigungsminister Pistorius gestern in Brüssel. FOTO: OLIVIER MATTHYS/DPA

Hohe Erwartungen an Flüchtlingsgipfel

Länder und Kommunalverbände erhoffen sich mehr Geld und Unterstützung vom Bund

VON MARKUS DECKER UND JAN STERNBERG

BERLIN. Von dem für Donnerstag angesetzten zweiten Flüchtlingsgipfel im Bundesinnenministerium erwarten Länder und Kommunalverbände mehr Geld und Unterstützung vom Bund für Unterbringung und Integration.

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND): „Wir müssen davon ausgehen, dass das Jahr 2023 keine Entspannung bei den Flüchtlingszahlen bringt, sondern dass die Zahlen auf hohem Niveau verharren oder sogar noch weiter steigen.“ Die für die Flüchtlingsunterbringung verantwortlichen Landkreise brauchen deshalb dringend eine Perspektive, die vom Flüchtlingsgipfel mit der Bundesinnenministerin ausgehen muss.

Sager fügte hinzu: „Zu einer Unterstützung aus Berlin zählen auch die Finanzen. Wir fordern seit Langem die vollständige Übernahme der Unterkunftskosten für anerkannte Flüchtlinge. Das wäre leicht umzusetzen und auch rechtlich möglich. Dabei geht es um ungefähr zwei Milliarden Euro.“

Schleswig-Holsteins Integrationsministerin Aminata Touré (Grüne) forderte nicht nur Geld für die Unterbringung, sondern auch für mehr Integrationskurse. „Länder und Kommunen brauchen jetzt feste Finanzierungszusagen, die den aktuellen Herausforderungen gerecht werden. Außerdem erwarte ich ein klares Signal für mehr Integration. Der Bund muss sich klar dazu bekennen, seine Integrationskurse auszubauen“, sagte sie dem RND. Allein in Schleswig-Holstein fehlten derzeit fast 10 000 Plätze. „Es geht nicht darum, Heinrich-Heine-Deutsch zu lernen, sondern die Grundzüge der deutschen Sprache. Deshalb sollte der Bund die Mindestanforderungen für die Lehrkräfte in den Integrationskursen senken.“

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) verwies gegenüber dem RND darauf, dass auf der Ministerpräsidentenkonferenz im November 2022 bereits ein Zuschuss von weiteren 2,75 Milliarden Euro vereinbart wurde. Die



Schlüsselfähigkeit Sprache: Zuwanderer lernen in einem Intensivkurs in Potsdam Deutsch.

FOTO: KLAUS-DIETMAR GABBERT/DPA

„Es geht nicht darum, Heinrich-Heine-Deutsch zu lernen, sondern die Grundzüge der deutschen Sprache.“

Aminata Touré,
Schleswig-Holsteins
Integrationsministerin

ses Geld geben die Bundesländer allerdings sehr unterschiedlich an die Kommunen weiter: Während Mecklenburg-Vorpommern mit den Kommunen die Übernahme fast aller flüchtlingsrelevanten Kosten vereinbart hat, will Rheinland-Pfalz nach RND-Informationen bisher nur die Hälfte seines Anteils an Städte und Gemeinden weiterreichen.

Faeser versprach zudem „pragmatische Lösungen, um die vielerorts angespannte Unterbringungssituation zu lösen“. Bereits jetzt stelle der Bund 69 000 Unterbringungsplätze in

Bundesimmobilien zur Verfügung.

Landkreistagspräsident Sager forderte auch verstärkte Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration, dazu gehöre auch, das Problem der Schleuser anzugehen. Zudem müsse die vom Bund zugesagte Rückführungsoffensive endlich konkret werden – und die Länder müssten sicherstellen, dass Asylsuchende ohne Bleibeperspektive und erst recht während des Asylverfahrens nicht auf die Kommunen verteilt würden.

Faeser verwies darauf, dass die vorübergehenden

stationären Grenzkontrollen zu Österreich verlängert und zu Tschechien die Schleierfahndung an der Grenze intensiviert worden seien. Ein weiteres Problem stellt zurzeit die Schweizer Grenze dar – Migranten vom Balkan reisten durch Österreich und die Schweiz nach Deutschland. Auch hier soll die Bundespolizei laut Faeser stärker aktiv werden: „Mit der Schweiz habe ich einen Aktionsplan vereinbart, der gemeinsame Kontrollen in Schweizer Zügen und an der Grenze vorsieht“, sagte die Ministerin dem RND. „Auch die konsequente Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern stärken wir. Mit dem früheren NRW-Integrationsminister Joachim Stamp habe ich einen sehr erfahrenen Sonderbevollmächtigten gewinnen können, der weitere Migrationsabkommen mit Herkunftsländern schließen wird, um reguläre Migration – etwa von qualifizierten Arbeitskräften – zu ermöglichen und irreguläre Migration zu begrenzen.“

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, hatte in der „Rheinischen Post“ unter anderem erklärt, der Bund solle eigene Aufnahmekapazitäten für Geflüchtete aufbauen.

Bericht: Kapazitäten fast überall erschöpft

Die Kapazitäten zur Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland sind einer Recherche des Mediendienstes Integration zufolge in fast allen Bundesländern stark ausgelastet. Wie der Fachdienst am Mittwoch unter Berufung auf eine Umfrage unter den Bundesländern mitteilte, wurden seit März 2022 bundesweit zwar mindestens 74 000 neue Plätze geschaffen, aber trotzdem sei die Infrastruktur fast überall erschöpft, insbesondere in Großstädten wie Berlin, Hamburg, Köln und Leipzig. NRW-Integ-

rationsministerin Josefine Paul (Grüne) mahnte eine dauerhafte Unterstützung durch den Bund bei den Flüchtlingskosten an. Die Belegung von Erstaufnahmeeinrichtungen variiert den Angaben zufolge von Land zu Land erheblich. In Bayern und im Saarland seien sie zu 90 Prozent belegt. Auch Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt hätten angegeben, dass die Einrichtungen „weitgehend ausgelastet“ seien. Hessen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen hät-

ten dagegen gemeldet, dass lediglich rund die Hälfte der Plätze belegt sei.

Bis Mittwoch wurden laut Ministerium rund 1,06 Millionen aus der Ukraine Geflüchtete in Deutschland registriert. Die Fluchtbewegung aufgrund des Krieges verlaufe konstant. Nach den Jahren der Coronapandemie war 2022 zudem auch die Zahl Schutz Suchender aus anderen Ländern wieder gestiegen. Rund 218 000 Erstanträge auf Asyl wurden im vergangenen Jahr gestellt.

Schottlands Regierungschefin tritt überraschend zurück

Ihr größtes Ziel, die Unabhängigkeit des Landes, erreicht Nicola Sturgeon nicht – Zuletzt unterliefen der 52-Jährigen Fehler

VON SUSANNE EBNER

LONDON. Die Nachricht schickte am gestrigen Mittwoch Schockwellen durch Schottland und Westminster. Niemand hatte mit dem Rücktritt von Nicola Sturgeon, der Vorsitzenden der Schottischen Nationalpartei (SNP), gerechnet, zumindest jetzt noch nicht.

Gegen Mittag trat die 52-jährige Regierungschefin vor die Presse im schottischen Edinburgh, um ihre Entscheidung zu begründen. Sie bestritt, dass diese etwas mit den derzeitigen Diskussionen um das Gendergesetz oder die schwindenden Hoffnungen auf die Unabhängigkeit Schottlands zu tun habe, ein Ziel, welches die Politikerin

seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2014 verfolgte. Stattdessen betonte Sturgeon, dass sie schon seit einiger Zeit darüber nachgedacht habe, ob sie nach acht Jahren im Amt länger Parteichefin bleiben wolle. Sie wolle jetzt mehr Zeit mit ihrer Familie verbringen. „Ich bin sowohl ein Mensch als auch Politikerin.“

Wer genau hin hörte, merkte: Diese Rede hatte sie sicherlich nicht über Nacht geschrieben. Sturgeon erklärte im Amt zu bleiben, bis ein Nachfolger gefunden ist. Damit wird sie als dienstälteste und erste Regierungschefin seit der Gründung des schottischen Parlaments in die Geschichte eingehen, schrieb die britische Tageszeitung „The Times“ gestern. Ihre wichtig-



Abschied vom Amt: Nicola Sturgeon gibt am Mittwoch ihren Rücktritt bekannt. FOTO: JANE BARLOW/GETTY

te politische Mission habe sie jedoch nicht verwirklicht: die Unabhängigkeit Schottlands.

Sturgeon galt lange Zeit als beliebte Parteivorsitzende, die Menschen waren insbe-

sondere mit ihren Maßnahmen während der Coronapandemie zufrieden.

In den letzten Wochen geriet sie jedoch massiv in die Kritik, nachdem London Mitte Januar ein umstrittenes Gesetz zur einfacheren Änderung des Geschlechtseintrags von trans Menschen in Schottland blockiert hatte. Mit dem Gesetz sollte die Pflicht für ein medizinisches Gutachten als Voraussetzung für eine Änderung des Geschlechtseintrags entfallen und das Mindestalter für einen Antrag von 18 auf 16 Jahre gesenkt werden. Während Unterstützer darin eine längst überfällige Reform sahen, gab es auch großen Widerstand. Manche fürchteten, dass Männer die vereinfachten Regelungen ausnützen

könnten, um aus sexuellen Motiven in Bereiche einzudringen, die Frauen vorbehalten sind, wie zum Beispiel Damenumkleiden.

Zugespißt hatte sich die Lage, nachdem eine trans Frau, die noch vor ihrer Geschlechtsanpassung als Mann in Schottland zwei Frauen vergewaltigt hat, in einem Frauengefängnis untergebracht werden sollte. Sturgeon kündigte Ende Januar zwar an, dass dies nicht passieren würde. Beruhigt hatte sich die Lage aber auch danach nicht. Die Politikerin sah sich zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, sie habe den Kontakt zu den Wählern verloren, auch aus den eigenen Reihen wurden kritische Stimmen laut.